

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 34. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Februar 2015, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

i. V. v. Regina Poersch

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung über den „Rahmenplan Deutsch-Dänische Zusammenarbeit des Landes“</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/3930</a>	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/3931</a>	
<b>2. Europäisches Jahr der Entwicklung</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/2628</a>	
<b>3. Austausch mit dem Bündnis „Eine Welt Schleswig-Holstein“ (BEI) über Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Entwicklung</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/3975</a>	
<b>4. Bericht über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zum Kieler-Wochen-Ostseejugendforum</b>	<b>10</b>
<b>5. Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/178</a>	
<b>6. Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2558</a>	

<b>7. Arbeitsprogramm EU-Kommission für 2015 (KOM(2014) 910 final)</b>	<b>13</b>
Schreiben des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa vom 17. Dezember 2014 <a href="#">Umdruck 18/3843</a>	
<b>8. Terminplanung 2015</b>	<b>14</b>
<b>9. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen</b>	<b>15</b>
<b>10. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>16</b>
<b>11. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>17</b>
<b>12. Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den „Rahmenplan Deutsch-Dänische Zusammenarbeit des Landes“**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/3930](#)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3931](#)

hierzu: [Umdruck 18/3941](#)

Frau Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Europa und Kultur, gibt den aus der Anlage 1 ersichtlichen Bericht ab.

Auf Nachfragen aus dem Bereich der CDU-Fraktion legt Ministerin Spoorendonk dar, die Landesregierung habe konkret Anfang 2014 damit begonnen, den Rahmenplan zu erarbeiten. Dieser Prozess sei von der Landesregierung ausgegangen. Mit dem Rahmenplan werde weiter gearbeitet werden. Sie werde ihn in Regionalkonferenzen mit Partnern und Akteuren diskutieren. Gewusst habe die Landesregierung von einer Anhörung, wie sie die Vorgängerregierung durchgeführt habe, abgesehen. Es sei einer interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sehr gut zusammengearbeitet und die Konzeption erstellt habe.

Die Dänemarkstrategie der Vorgängerregierung sei deshalb ein bisschen problematisch gewesen, weil sie auf einem sehr breiten Anhörungsprozess aufgebaut habe, was dazu geführt habe, dass man ein wenig den Überblick verloren habe. Die jetzige Strategie gehe von der Landesregierung aus. An dieser könne man sich abarbeiten und neue Impulse einarbeiten. Das mache den Prozesscharakter dieser Strategie deutlich.

Abg. Beer greift die Idee auf, ein Minderheitennetzwerk einzurichten, und erkundigt sich nach den dazu angestellten Überlegungen. Ministerin Spoorendonk spricht davon, dass es insbesondere in Flensburg, aber auch nördlich der Grenze Institutionen von deutschen und dänischen Minderheiten und von Friesen gebe, bei denen Minderheitencluster vorhanden seien. Es

müsse darüber diskutiert werden, wie diese Cluster weiterentwickelt werden könnten, um auch für andere nationale Minderheiten in Europa von Nutzen sein zu können.

Abg. Waldinger-Thiering erkundigt sich nach Projekten beziehungsweise Maßnahmen. Herr Seidler, Koordinator für die Zusammenarbeit mit Dänemark im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, nennt stichwortartig einige Projekte. So teilt er beispielsweise mit, dass sich aus Gesprächen mit der dänischen Gesundheitswirtschaft neue Projekte entwickelten. Im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft würden Gespräche mit der Designskolen in Kolding geführt; Hier werde voraussichtlich ein Innovation Camp eingerichtet. Fortführend würden Gespräche im Bereich Gesundheit geführt. Er nennt weiter Projekte im Zusammenhang mit Energieeffizienz und im Bereich Ernährungswirtschaft.

Auf eine Frage der Abg. Damerow legt Ministerin Spoorendonk dar, wichtig sei, dass sich die deutsch-dänische Verkehrskommission nicht nur austausche, sondern auch erörtere, warum es wichtig sei, dass man beispielsweise in Sachen Rader Hochbrücke zügig weiterkomme. Das halte sie für eine Politisierung der Arbeit. Wünschenswert wäre, wenn sie als Instrument der gemeinsamen Interessen wahrgenommen würde. Abg. Voß charakterisiert den Bericht als präzise sowie sehr gut analysiert und dargestellt.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Europäisches Jahr der Entwicklung**

Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2628](#)

(überwiesen am 23. Januar 2015 an den **Europaausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Vorsitzende thematisiert für seine Fraktion die Frage, welche Auswirkungen eine Annahme des Antrags auf das Beschaffungswesen habe. Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, das Finanzministerium zu bitten, zu dieser Fragestellung schriftlich Stellung zu nehmen.

Herr Bach, Mitarbeiter im Referat Bildung und Nachhaltigkeit, Verwaltungsbehörde ELER und Gemeinschaftsaufgabe, Internationale Zusammenarbeit im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, erinnert daran, dass der Landtag das Tarif-treue- und Vergabegesetz überarbeitet habe. Darin sei zwingend vorgeschrieben, dass bei der Vergabe und der Beschaffung größerer Aufträge bestimmte Kriterien zu berücksichtigen seien. Derzeit sei das Land dabei, diesen gesetzlichen Rahmen in das faktische Beschaffungswesen zu implementieren. Beispielhaft nennt er die Bereiche IT und textiles Beschaffungswesen.

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden - für seine Fraktion - welche Auswirkungen das auf die Angebotsseite habe, vertritt Herr Bach die Auffassung, dass es sich hier um einen Wechselprozess zwischen Nachfrage und Anbieter handle. Die Nachfrage durch das Land führe dazu, dass sich der Handel darauf einstelle, auch faire Produkte anzubieten.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Voß antwortet Herr Bach, die Entwicklungszusammenarbeit im kommunalen Bereich gehöre zu den Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung. Allerdings stehe das Land in ständigem Austausch mit den kommunalen Landesverbänden. Es gehe insbesondere um die Themen faire Beschaffung, fairer Handel und Interkulturalität. Hier habe sich eine starke Zusammenarbeit insbesondere mit dem Städteverband entwickelt. Kontakte könnten hergestellt werden zu Serviceorganisationen in Deutschland, die entsprechende Prozesse unterstützen könnten. Im Wesentlichen gehe es darum, den Prozess zu starten und die Grundlagen für kulturelles Verständnis herzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Austausch mit dem Bündnis „Eine Welt Schleswig-Holstein“ (BEI) über Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Entwicklung**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/3975](#)

Herr Weber vom Bündnis „Eine Welt Schleswig-Holstein“ gibt einen kurzen Überblick über die Aktivitäten des BEI zum Europäischen Jahr der Entwicklung. Dabei geht er zunächst kurz auf die Historie des BEI ein. Aufgabe des Bündnisses sei es, den Mitgliedern ein Sprachrohr zu geben, sowie das allgemeine Ziel, dass sich Schleswig-Holstein so entwickle, dass anderen Ländern die Option gegeben werden könne, genauso zu leben.

Das BEI habe fünf Module:

1. Mit den verschiedenen Akteuren in Schleswig-Holstein sollten Gespräche geführt werden. So werde beispielsweise am 28. April 2015 mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung ein Parlamentarischer Abend durchgeführt.
2. Gespräche sollten mit Europaparlamentariern geführt werden. So sollten verschiedene Teams von Schülerinnen und Schülern und Konfirmandinnen und Konfirmanden gebildet werden, die sich in verschiedenen Teams mit der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands, aber auch der Mitgliedsländer der EU auseinandersetzen. Aufgabe sei hier Recherche, ein Vergleich der Thesen mit der tatsächlichen Politik. Jede Gruppe werde ein Plakat über die Ergebnisse seiner Arbeit gestalten. Es handle sich dabei im Wesentlichen um Schülerinnen und Schüler der 7. bis 10. Klassen.
3. Im Bereich der Oberstufe solle der Begriff der Menschenrechte im Rahmen von theaterpädagogischen Inszenierungen aufgegriffen werden.
4. Im Herbst 2015 sei gemeinsam mit dem MELUR die Durchführung eines Kongresses geplant.
5. Es solle eine Broschüre Schleswig-Holstein und Entwicklungspolitik aufgelegt werden.



Abg. Weber erkundigt sich danach, ob es Erkenntnisse darüber gebe, inwieweit beispielsweise eine Teilnahme an dem Projekt Lebensweltmeisterschaft Verankerung gefunden habe. Herr Weber antwortet, dass es kein Monitoring-Programm gebe. Die Aktivitäten des BEI seien Angebote für die Schülerinnen und Schüler. Mit den Aktivitäten des BEI könnten etwa 400 bis 700 Jugendliche erreicht werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zum Kieler-Woche-Ostseejugendforum**

Berichterstatlerin: Alexandra Ehlers, Vorsitzende des Landesjugendrings

Frau Ehlers, Vorsitzende des Landesjugendrings, stellt kurz den derzeitigen Stand des Programms der Vorbereitung zur Kieler-Woche-Ostseejugendforum vor (siehe Anlage 2). Sie legt dazu dar, dass die stärkere thematische Ausrichtung auf einen Wunsch der Teilnehmer des Kieler-Woche-Ostseejugendforums im letzten Jahr zurückgehe.

Sie teilt ferner mit, dass die teilnehmenden Jugendlichen nunmehr insofern legitimiert seien, als sie durch das jeweilige nationale Parlament bestimmt würden.

Sie macht ferner deutlich, dass Mitglieder des Kieler-Woche-Jugendforums selbst die Ergebnisse in der Ostseeparlamentarierkonferenz vorstellten. Konferenzsprache sei Englisch.

In einer kurzen Diskussion wird deutlich, dass der Europaausschuss es als sinnvoll ansieht, wenn an dem Kieler-Woche-Ostseejugendforum auch Fachpolitiker aus dem Sozialausschuss teilnehmen. Deshalb soll der Sozialausschuss angeschrieben und dieser Vorschlag unterbreitet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/178](#)

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung bis zur Vorlage des Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2558](#)

(überwiesen am 22. Januar 2015 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/2558](#), zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Arbeitsprogramm EU-Kommission für 2015 (KOM(2014) 910 final)**

Schreiben des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa vom 17. Dezember 2014

[Umdruck 18/3843](#)

hierzu: [Umdruck 18/3986](#)

Der Ausschuss nahm das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015 (KOM(2014) 910 final), [Umdruck 18/3843](#), zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Terminplanung 2015**

hierzu: [Umdruck 18/3272](#) (neu)

Der Ausschuss billigte die geänderte Terminplanung für 2015, [Umdruck 18/3272](#) (neu).

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**

Hierzu liegt kein Bericht vor.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

hierzu: [Umdrucke 18/3765](#), [18/3841](#), [18/3844](#), [18/3942](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.



Punkt 11 der Tagesordnung:

**Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/3994](#)

Der Ausschuss kommt überein, sich zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen ((EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1.316/2013) in einer außerordentlichen Sitzung am Donnerstag, 19. Februar 2015, 9:30 Uhr, von der Landesregierung berichten zu lassen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss kommt überein, sich an den im Jahr 2015 anstehenden Botschaftergesprächen zur jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft je Gespräch mit 500 € finanziell zu beteiligen.
- b) Der Ausschuss verständigt sich ferner darauf, am 11. März, 9 Uhr, - vor der geplanten Anhörung um 10 Uhr - eine Beratungssitzung durchzuführen.
- c) Außerdem kommt der Ausschuss überein, die europapolitischen Sprecher damit zu beauftragen, sich über Themen für die geplante Brüssel-Reise zu verständigen. Abg. Pauls regt an, als Thema Minderheiten zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Peter Lehnert

gez. Petra Tschanter

Vorsitzender

Stellv. Geschäftsführerin und Protokollführerin